



# Nationales Spitzentreffen Berufsbildung 2016

## Massnahmenpapier

---

## 1 Ausgangslage und Herausforderungen

### Berufsbildung für die Zukunft rüsten

Das geltende Berufsbildungsgesetz (BBG) wurde Mitte der 1990er Jahre angestossen und wird seit 2004 umgesetzt. Es verfolgt das Ziel, die dual ausgerichtete schweizerische Berufsbildung mit ihrer charakteristischen Schul- und Praxisausbildung zu stärken. Der Bericht „Sechs Jahre neues Berufsbildungsgesetz – eine Bilanz“ zeigte 2010, dass sich das BBG als wichtiges Element der Modernisierung der schweizerischen Berufsbildung bewährt. Die Bereiche Gesundheit, Soziales, Landwirtschaft und Kunst wurden in das Berufsbildungssystem integriert, und das neue, ergebnisorientierte Finanzierungssystem trägt wesentlich zur Transparenz der Berufsbildungspolitik bei.

An der Verbundpartnertagung vom 10./11. März 2016 haben alle drei Verbundpartner beschlossen, die Weiterentwicklung der Berufsbildung in der Schweiz auf die Agenda zu setzen. Es geht darum, mit einer Vision 2030 die Berufsbildung auf die Herausforderung der Zukunft auszurichten. Angesichts der Komplexität des Systems stellt sich die Frage, wieweit das System in Zukunft weiterhin erfolgreich und mit vertretbarem Aufwand von allen Verbundpartnern gepflegt und weiterentwickelt werden kann. Als Herausforderung wurden beispielsweise die Digitalisierung in der Berufsbildung, die Herausforderungen von „Industrie 4.0“, die demographische Entwicklung und die berufliche Mobilität genannt. Die Verbundpartner waren sich einig, dass im Hinblick auf die BFI-Botschaft 2021-2024 schon jetzt Vorarbeiten angegangen werden sollten.

### Prozessoptimierung

Im Rahmen des Bürokratiemonitors des Staatssekretariats für Wirtschaft SECO im Frühjahr 2015 nahmen 59 Prozent der Unternehmen im Bereich Berufsbildung/Lehrlingswesen die administrative Belastung als hoch oder eher hoch wahr. Die Mehrheit der antwortenden Unternehmen gab zudem an, dass diese Belastung seit der letzten Befragung 2012 zugenommen hat. Dies führte im Bundesparlament zur Motion Röstli (15.3469) und Anfrage Wasserfallen (15.1092). Bundesrat und Parlament nahmen den Vorstoss Röstli an, der den Bundesrat beauftragt, Massnahmen zu ergreifen, welche den administrativen und dadurch entstehenden finanziellen Aufwand für Unternehmen, die Lernende ausbilden, reduzieren.

Der Berufsbildung steht nebst dem Bürokratiemonitor schon längere Zeit ein Monitoring-Instrument zur Verfügung, das zwischen Bildungsaufwendungen und rein administrativen Aufwendungen unterscheidet und das detailliert sowohl über die Aufwendungen als auch über den Nutzen der Betriebe (produktive Leistung der Lernenden) Auskunft gibt. Die Ergebnisse dieser Kosten-Nutzen-Analyse zeigen immer wieder auf, dass sich die Ausbildung von Lernenden insgesamt lohnt, der produktive Nutzen von Lernenden (Nettonutzen) also höher ist als die Bruttoinvestitionen.

### Berufliche Qualifizierung von Erwachsenen

Im Jahr 2014 verfügten in der Schweiz gemäss Bundesamt für Statistik über 550'000 Erwachsene im Alter zwischen 25 und 64 Jahren über keinen nachobligatorischen Abschluss (Sek II). Angesichts des Bedarfs an qualifizierten Fachkräften ist die Thematik Berufsabschluss für Erwachsene in den vergan-

genen Jahren deshalb immer stärker in den Fokus der Bildungspolitik gerückt. Sie wurde von den Verbundpartnern 2015 zu einem Handlungsschwerpunkt erklärt, im Bundesparlament gab es eine Reihe entsprechender Vorstösse. Der Bundesrat wurde beauftragt, bestehende Potenziale zur Deckung des Fachkräftebedarfs durch eine Förderung des Berufsabschlusses von Erwachsenen, die noch über keinen Abschluss auf der Sekundarstufe II verfügen, auszuschöpfen. Eine entscheidende Rolle spielt auch die Weiterbildung. Personen ohne nachobligatorischen Abschluss haben jedoch vielfach nur begrenzten Anschluss an Weiterbildungsmöglichkeiten.

Für Erwachsene, die einen Berufsabschluss nachholen oder sich weiterbilden wollen, ist es nicht immer einfach, sich über die individuellen Möglichkeiten zu informieren. Zum Teil sind selbst Personalfachleute und Berufsbildner ungenügend informiert. Vielen Migrantinnen und Migranten, Spätzugewanderten, Begleitpersonen und Arbeitgebenden sind die bestehenden Verfahren und Regelungen in der Schweiz nicht bekannt.

## **2 Bisherige Aktivitäten**

In den vergangenen Jahren haben die Verbundpartner bereits ein breites Spektrum an Massnahmen getroffen, die sich den erwähnten Herausforderungen annehmen (Liste nicht abschliessend):

### **Zu Berufsbildung für die Zukunft rüsten**

- Bericht „Perspektiven 2030 – Chancen und Gefahren für die Bundespolitik“
- „Strategie des Bundesrates für eine Informationsgesellschaft in der Schweiz“
- Nationaler Qualifikationsrahmen Berufsbildung
- Strategiprojekt „Stärkung der höheren Berufsbildung“ (SBFI)
- Projekt „Förderung der Berufsmaturität“ (SBFI)
- Projekt „Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung“ (SBFI)

### **Zu Bürokratieabbau**

- Vereinfachung der Qualifikationsverfahren
- Einsatz von Online-Dienstleistungen bei den Kursen für Berufsbildnerinnen und Berufsbildner
- Verbesserung der Koordination zwischen Ausbildungsbetrieben und Berufsfachschulen
- Abklärungen, ob bei der Befragung zum Bürokratiemonitoring des SECO zwischen Bildungsaufwendungen und rein administrativen Aufwänden klar abgegrenzt werden kann
- Anpassung „Kosten-Nutzen-Studie“
- Voranalyse Projekt „Optima“ (verbundpartnerschaftlich einheitliche Datennutzung innerhalb der Berufsbildung)

### **Berufliche Qualifizierung von Erwachsenen**

- Projekt „Berufsabschluss und -wechsel für Erwachsene“
- Studie „Berufsabschluss für Erwachsene: Bedürfnisse der Arbeitgebenden“ (in Auftrag gegeben)
- Studie „Berufsabschluss für Erwachsene: Befragung von Absolventinnen und Absolventen“ (in Auftrag gegeben)
- Verstärkung der Fachkräfteinitiative (FKI plus)
- Nationales Programm zur Prävention und Bekämpfung von Armut (BSV)
- Pilotprojekt „Potenziale nutzen – Nachholbildung“ (SEM)
- Studie SECO: „Angebote der Nachholbildung. Möglichkeiten und Grenzen der Arbeitslosenversicherung“
- Neues Bundesgesetz über die Weiterbildung (WeBiG)

### 3 Massnahmen

#### Berufsbildung für die Zukunft rüsten

##### Strategieskizze

Aufgrund der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen tragen die Verbundpartner der stetigen Entwicklung und Veränderung von Arbeit und Beruf Rechnung. Neben technologischen Entwicklungen (z.B. Digitalisierung, Industrie 4.0) sind dies auch gesellschaftliche Veränderungen (z.B. demographische Entwicklungen, berufliche Mobilität). Unter der Federführung des SBFJ soll gemeinsam eine zukunftsorientierte Strategie für die Berufsbildung Schweiz erarbeitet werden – eine Vision 2030 –, die auch die Schnittstellen berücksichtigt. Dafür wird eine Projektstruktur geschaffen, die nebst Vertretungen von Bund, Kantonen und Organisationen der Arbeitswelt auch Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft mit einbezieht. Auftrag ist es, Grundlagen zu erarbeiten, welche neben einer Umfeld-Analyse auch strategische Stossrichtungen für die Berufsbildung enthalten und an der Verbundpartnertagung 2017 weiterbearbeitet werden können.

#### Prozessoptimierung

##### Datenoptimierung

Unter Einbezug der übrigen Verbundpartner koordinieren und optimieren die Kantone die unterschiedliche Datensammlung und -erfassung. Ziel ist, die Daten künftig einheitlich und effizient zu erheben und – unter Berücksichtigung der Datensicherheit und des Datenschutzes – allen beteiligten Akteuren elektronisch, hindernisfrei, aktuell und in guter Qualität zur Verfügung zu stellen. Erste Teil-Projekte wie die Vereinheitlichung der Lehrstellendatenbank LENA, Datenlieferungen an Organisationen der Arbeitswelt und die Multiplikation von Good Practice sollen so rasch als möglich spürbare Resultate und Vereinfachungen bringen.

##### Prozessoptimierung

Die Verbundpartner sensibilisieren innerhalb ihrer Organisationen und untereinander gezielt zum Thema Bürokratieabbau und sorgen aktiv dafür, dass bestehende bürokratische Hürden reduziert werden können (bspw. Qualifikationsverfahren, Lern- und Leistungsdokumentation, Anmeldeverfahren Berufsfachschule/ÜK und NQR-Einstufung) bzw. keine zusätzlichen aufgebaut werden. Am nächsten Spitzentreffen soll ausgewertet werden, welche konkreten Verbesserungen durch den Bund, die Organisationen der Arbeitswelt und die Kantone in die Wege geleitet werden konnten.

#### Berufliche Qualifizierung von Erwachsenen

##### Sensibilisierung

Die Verbundpartner planen bis 2017 im Bereich „Berufliche Qualifizierung von Erwachsenen“ eine Intensivierung der eigenen branchen- resp. zielgruppenspezifischen und möglichst niederschweligen Informationsaktivitäten (beispielsweise Informationsbroschüren für Mitglieder oder Kurz-Präsentationen für Verbandsanlässe). Die Vermittlung der Informationen durch Gleichgesinnte (bspw. aus derselben Branche) soll dabei die Glaubwürdigkeit der Botschaft verstärken. Entsprechende Projekte können im Rahmen der geltenden Bestimmungen vom Bund mitgetragen werden (Projektförderschwerpunkt Berufsabschluss und -wechsel für Erwachsene).

##### Informationskampagne

Die Verbundpartner lancieren 2017 eine nationale Informations- und Sensibilisierungskampagne, welche auf die Thematik „Berufliche Qualifizierung von Erwachsenen“ aufmerksam macht. Es soll aufgezeigt werden, dass Bildung nicht nur für Jugendliche ist, z.B. „Meine Tochter macht ein EFZ – ich auch“.

#### **Grundlagen / Qualitätssicherung**

Der Bund ist verantwortlich für die Bereitstellung von Grundlagendokumenten und Qualitätssicherungsinstrumenten. In diesem Sinne überarbeitet er unter Einbezug der Verbundpartner den Leitfaden für die Validierung von Bildungsleistungen und berücksichtigt dabei die bisherigen Erfahrungen. Zudem wird ein neuer Leitfaden „Erwachsenengerechtes Ausbilden und Prüfen“ erarbeitet; Schwerpunkt liegt auf der Konzeption von erwachsenengerechten Ausbildungen. Der Bund sorgt für die Verbreitung der Dokumentationen bei den Verbundpartnern. Am nächsten Spitzentreffen soll ausgewertet werden, wie sich konkrete Projekte in den Organisationen der Arbeitswelt und in den Kantonen dank dieser Arbeitsinstrumente entwickelt bzw. weiterentwickelt haben.

## **4 Allgemeine Erklärungen**

Die Verbundpartner sind sich einig, dass die erforderlichen Mittel zur Umsetzung aller Massnahmen der Berufsbildung in der Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation 2017-2020 bereitgestellt werden müssen. Insbesondere ist darauf zu achten, dass die bessere Finanzierung der höheren Berufsbildung nicht zu Lasten der beruflichen Grundbildung erfolgt. Zudem sind sich die Verbundpartner der Dringlichkeit der Thematik Integration von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen bewusst. Sie haben sich dafür ausgesprochen, in einem verbundpartnerschaftlichen Dialog die Situation zu analysieren und entsprechende Massnahmen zu treffen. Ziel ist es, die bestehenden Angebote und Instrumente zu nutzen und allenfalls spezifisch auszurichten. Die Verbundpartner legen Wert auf eine gute Zusammenarbeit zwischen Bildungs- und Migrationsbehörden.